

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

39. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 22. Mai 2003, 14:00 Uhr,  
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Holger Astrup (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Joachim Wagner (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

i. V. von Dr. Henning Höppner

i. V. von Rolf Fischer

**Weitere Abgeordnete**

Abg. Geißler (CDU)

Abg. Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Science Center „Phänomenta“ in Flensburg erhalten und stärken</b>	<b>5</b>
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/2526	
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes</b>	<b>6</b>
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/2033	
<b>3. Bericht des Bildungsministeriums zur Umsetzung von § 63 Abs. 6 des Schulgesetzes</b>	<b>7</b>
<b>4. Aufgaben der Schulträger</b>	<b>8</b>
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 15/2615	
<b>5. Verlegung der Frühjahrsferien</b>	<b>9</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2642	
<b>6. Jüdische Gemeinden in Schleswig-Holstein</b>	<b>10</b>
Schreiben des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein vom 25. April 2003  Umdruck 15/3344	

<b>7. Landesstiftungen</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 15/2572	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2648	
<b>8. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2003</b>	<b>12</b>
<b>9. Verschiedenes</b>	<b>13</b>
<b>10. Bericht des Bildungsministeriums über den Stand der Fusion der Universitäts-     klinika</b>	<b>15</b>
Antrag der CDU-Fraktion Umdruck 15/3381	
(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO)	

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Science Center „Phänomenta“ in Flensburg erhalten und stärken**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/2526

(überwiesen am 4. April 2003 an den **Wirtschaftsausschuss** und den **Bildungsausschuss**)

Auf Fragen aus dem Ausschuss teilt AL Lücke unter Hinweis auf die Ausführungen des Wirtschaftsministers am 26. März 2003 im Wirtschaftsausschuss mit, die Frage, ob und wo ein neues Science Center errichtet werde, hänge davon ab, ob sich geeignete Betreiber fänden und die erforderliche Finanzierung sichergestellt werden könne, und sei im Augenblick völlig offen. Die Fördermöglichkeiten im Rahmen des Strukturfonds seien für einnahmeschaffende Investitionen im kulturellen Bereich stark begrenzt. Eine „Kannibalisierung“ ähnlicher Einrichtungen liege nicht im Interesse des Landes. Die unter Punkt 3 des SSW-Antrages angesprochene grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Phänomenta mit dem „Danfoss Universe“ im dänischen Nordborg sei zu begrüßen.

Abg. Spoorendonk wirbt für die Annahme ihres Antrages und fordert die Landesregierung auf, ein mögliches weiteres Science-Center in Schleswig-Holstein nicht mit öffentlichen Geldern zu fördern.

Auch Abg. Birk warnt davor, vor dem Hintergrund der Haushaltslage und der „Konkurrenz“ zu anderen Projekten - wie beispielsweise dem Haus der Geschichte - seitens der Regierung die Errichtung eines weiteren Science Centers voranzutreiben, und favorisiert eher den Ausbau der bestehenden Phänomenta in Flensburg.

Abg. Weber erklärt, die SPD-Fraktion könne dem Antrag des SSW nicht zustimmen, eine Art „Vorhaltebeschluss“ zu fassen, der weitere Planungen und Ideen „verunmögliche“.

Auf Antrag von Abg. Eisenberg wird die Beschlussfassung über den SSW-Antrag zurückgestellt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/2033

(überwiesen am 11. September 2002 an den **Bildungsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

hierzu: Umdrucke 15/2753, 15/2900, 15/2966, 15/2967, 15/2976, 15/3032,  
15/3064, 15/3197

Abg. Weber signalisiert, dass die SPD-Fraktion eine Verkürzung der Wartefrist von vier auf drei Jahre - wie bundesweit üblich - für sinnvoll und sachgerecht halte, wegen der damit verbundenen finanziellen Folgen allerdings noch einmal darum bitte, die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf um eine Sitzung zu vertagen.

Abg. de Jager äußert sein Unbehagen über eine erneute Vertagung.

Der Ausschuss verabredet, in der nächsten Sitzung, am 26. Juni 2003, eine Beschlussfassung über den CDU-Gesetzentwurf herbeizuführen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht des Bildungsministeriums zur Umsetzung von § 63 Abs. 6 des Schulgesetzes**

(auf Antrag der CDU-Fraktion)

Auf eine Frage von Abg. de Jager erwidert M Erdsiek-Rave, der vom Landtag im Rahmen der Haushaltsberatungen eingebrachte Wegfall der Befreiung des Internats Louisenlund von der so genannten Landeskinderklausel trete wie vom Parlament beschlossen zum 1. August 2003 in Kraft. Wenn das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung zur Rechtmäßigkeit der Landeskinderklausel getroffen haben werde - möglicherweise Ende des Jahres -, werde man sehr schnell eine entsprechende gesetzliche Regelung treffen müssen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Aufgaben der Schulträger**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/2615

(überwiesen am 8. Mai 2003 zur abschließenden Beratung)

Eine Frage von Abg. Eisenberg zur Kooperation zwischen Landesregierung und Schulträgern beantwortet M Erdsiek-Rave dahin, während man sich in einer Arbeitsgruppe mit den kommunalen Landesverbänden auf Grundsätze der Schulentwicklungsplanung verständigt habe, sei das breite Feld des kommunalen Finanzausgleichs, zu dem auch das Thema Ausstattung der Schulen gehöre, Gegenstand der Gespräche zwischen kommunalen Landesverbänden und Landesregierung respektive Innenminister und nicht explizit Bildungsministerium.

Beratung und Beschlussfassung über die Antwort auf die Große Anfrage werden ebenfalls auf die nächste Sitzung vertagt.



Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verlegung der Frühjahrsferien**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/2642

(überwiesen am 8. Mai 2003 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Eisenberg - unterstützt von Abg. Wagner - plädiert unter pädagogischen und touristischen Aspekten dafür, die Frühjahrsferien wie früher auf die Osterzeit zu legen.

Abg. Benker - unterstützt von den Abg. Astrup, Birk und Spoorendonk - bittet darum, die Beschlussfassung über den CDU-Antrag zu vertagen und eine Verlegung der Frühjahrsferien im Kontext mit den Terminen der Sommerferien und in erster Linie unter bildungs- und schulpolitischen Aspekten zu sehen.

Auch M Erdsiek-Rave spricht sich dafür aus, Veränderungen bei den Frühjahrsferien nur im Zusammenhang mit den Sommerferien vorzunehmen, und stellt neben tourismus- und verkehrspolitischen Gesichtspunkten die bildungs- und schulpolitischen Aspekte in den Vordergrund. Ziel der neuen Ferienregelung sei es gewesen, gleichmäßigere und angemessene Lernabschnitte und annähernd gleich lange Schulhalbjahre zu erreichen. Sie erinnert daran, dass die Einführung der Frühjahrsferien 1998 vom Beirat für Tourismus ausdrücklich begrüßt und im Landesschulbeirat bei nur einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen angenommen worden sei. Eine Frage von Abg. Eisenberg beantwortet sie dahin, es sei zwar rechtlich möglich - durch eine entsprechende Änderung der Landesverordnung - , die Frühjahrsferien bereits im Schuljahr 2003/2004 wieder auf die Osterzeit zu legen, sinnvoll und zumutbar unter dem Gesichtspunkt verlässlicher Planung sei eine solche Änderung allerdings nicht.

Der Antrag von Abg. Eisenberg, die Frühjahrsferien bereits zum kommenden Schuljahr wieder abzuschaffen, findet nur die Unterstützung von Abg. de Jager. Die Mitglieder des Bildungsausschusses verständigen sich darauf, die Beschlussfassung über den CDU-Antrag zunächst zurückzustellen und das Votum des beteiligten Wirtschaftsausschusses abzuwarten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Jüdische Gemeinden in Schleswig-Holstein**

Schreiben des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein vom 25. April 2003

Umdruck 15/3344

Der Ausschuss stellt die Beratung mit Blick auf die Tatsache zurück, dass der Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Hamburg neu gewählt worden ist.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Landesstiftungen**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 15/2572

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/2648

(überwiesen am 8. Mai 2003 an den **Finanzausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Bildungsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Wagner spricht sich dafür aus, das Stiftungsgesetz dahin zu ergänzen, dass Stiftungsvermögen „mündelsicher“, das heißt in einer „sicheren Anlageform“, angelegt werden müsse.

M Erdsiek-Rave berichtet kurz über die letzte Sitzung des Stiftungsrates der Kulturstiftung und teilt mit, dass die Stiftung künftig einen Vermögensbericht vorlegen, sich bei Fragen der Vermögensverwaltung vom Finanzministerium beraten lassen und die Jahresabschlüsse durch Angehörige der buchprüfenden Berufe vornehmen lassen werde.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Terminplanung für das zweite Halbjahr 2003**

Der Ausschuss beschließt folgende Sitzungstermine für das zweite Halbjahr 2003:

- 21. August
- 11. September (10:30 Uhr, Haushaltsberatungen gemeinsam mit dem Finanzausschuss)
- 23. Oktober
- 6. November
- 27. November.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

a) Abg. Eisenberg bittet das Ministerium um eine Auskunft zur Stellenbesetzung am **Gymnasium Westerland**, das als Modellschule an der dezentralen Personalentwicklung teilnehme und aufgrund der Insellage große Schwierigkeiten bei der Personalrekrutierung habe, sowie zur Einstellungsmöglichkeit einer Friesischlehrerin auf Sylt.

b) Abg. Schwarz bittet um einen Bericht in Sachen anderweitiger Einsatz von **frühpensio- nierten Lehrkräften**.

c) Die Niederschrift über die 37. Sitzung am 10. April 2003 wird bei Tagesordnungspunkt 2, Seite 6, im dritten Absatz wie folgt geändert: „Abg. Dr. Klug schlägt darüber hinaus vor, dass die einzelnen Fraktionen ihre **Fragen zum Bericht der Erichsen-Kommission - analog zu den Fragenkatalogen im Rahmen der** Haushaltsberatungen - zu den jeweiligen Punkten in einem Papier zusammenfassen und in dieser Form in den Arbeitsgang des Ausschusses einbringen sollten. - Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Verfahrensvorschlag zu.“

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:00 Uhr.

Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer